

# DIE KOMMUNALE

*Das Magazin für Kommunalpolitik*



## Ein moderner Staat ist Voraussetzung für Wohlstand und Zusammenhalt

Seite 3

—  
Miteinander Erfolge erkämpfen!

Seite 6

—  
Kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr

Seite 10

—  
Was braucht ein guter Park-and-Ride-Platz?

**LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,**



in meinem Rückblick auf 2022 habe ich vor ziemlich genau einem Jahr geschrieben: In meiner aktiven politischen Karriere kann ich mich nicht an eine Zeit erinnern, die derart herausfordernd gewesen ist wie das zurückliegende Jahr 2022. Heute, 12 Monate später muss ich feststellen: Ich hatte keine Ahnung, was 2023 für uns bereithalten würde. Einen weiteren Krieg, jüdische Mitmenschen, die in Deutschland Angst empfinden, Rückschläge auf dem Weg, unseren Staat zu modernisieren und nicht zuletzt Kommunen, die sich an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit bewegen, ohne das Bund oder Land effektive Hilfen zur Verfügung stellen. Vielleicht ist es gut, wenn wir die Zukunft nicht vorhersagen können. Auch gibt es wenig Anlass, mit allzu viel Zuversicht auf das Jahr 2024 zu blicken. Und doch sollten wir genau das tun – trotz der vielen Krisen und Herausforderungen!

Schwierige Rahmenbedingungen zu besseren Lebensumständen für die Menschen zu wenden – genau das war doch der entscheidende Gründungsimpuls für die Sozialdemokratie vor genau 160 Jahren. Es ging darum, politische Rahmenbedingungen demokratisch zu gestalten, die Emanzipation der abhängig Beschäftigten voranzutreiben oder das Bildungssystem für alle gesellschaftlichen Schichten zugänglich zu machen. Und ja, im Lauf der langen Geschichte unserer Partei hat es immer wieder Rückschläge, Krisen und existenzielle Katastrophen gegeben, die jedoch bis heute nicht dazu geführt haben, den sozialdemokratischen Gestaltungswillen zu brechen! Und ich denke, darauf dürfen wir stolz sein!

Als SGK-Landesvorsitzender formuliere ich es so: Sich auf diese beeindruckende Historie zu besinnen, vermittelt Kraft und Mut! Unsere Aufgabe sehe ich darin, trotz aller Widrigkeiten vor Ort für eine gerechte und soziale Politik zu kämpfen. Idealerweise tun wir das so nachvollziehbar und vertrauenswürdig, dass mehr Menschen Gefallen daran finden, in der eigenen Kommune politisch mitzugestalten.

Euch wünsche ich geruhsame Feiertage! Und dann: Mit Mut und Zuversicht ins neue Jahr!

**Frank Meyer**

Landesvorsitzender der SGK NRW

**Die 21. Ordentliche  
Delegiertenversammlung  
der SGK NRW findet am  
4. Mai 2024 statt.**

SAVE THE DATE



## DIE KOMMUNALE

### INHALT

#### POLITIK

- 3 Miteinander Erfolge erkämpfen!**

#### AKTUELLES

- 5 Einberufung**  
21. ordentliche Delegiertenversammlung
- 5 Auf gute Zusammenarbeit!**

#### KOMMUNALFINANZEN

- 6 „Beeilt euch zu handeln,  
ehe es zu spät ist zu bereuen“**  
Kommunale Selbstverwaltung ist in Gefahr

#### SGK-KONFERENZ

- 8 „Konferenz Gutes Regieren in  
einem modernen Staat“**

#### VERKEHRSSICHERHEIT

- 10 ACE-Check: Was braucht ein  
guter Park-and-Ride-Platz?**

#### BILDUNG

- 12 Seminarprogramm 2024**  
Bildungsprogramm der SGK NRW

#### SGK-RECHT

- 13 Wann haftet ein Ratsmitglied  
für Ratsbeschlüsse?**

#### BUCHTIPPS

- 14 Kurz vorgestellt**  
Lesestoff für die kommunalpolitische Arbeit

#### EHRUNG

- 15 Ehrung fürs Lebenswerk**  
Roland Schäfer erhält den DEMO-Kommunalfuchs

# MITEINANDER ERFOLGE ERKÄMPFEN!



Die Bedeutung funktionierender Städte, Gemeinden und Kreise ist unbestritten. Vor Ort wurden die Krisen und Herausforderungen der letzten Zeit konkret bewältigt.

**A**lle staatlichen Ebenen sind dazu aufgerufen, die Kommunen zu stärken. Nur so können in einer gemeinsamen Kraftanstrengung wichtige Impulse für Aufschwung, bessere Bildung und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt gesetzt werden. Akzeptanz und Vertrauen in staatliche Institutionen sind die Grundpfeiler, auf denen unsere Demokratie aufbaut.

Gemeinsam mit der SGK NRW hat der SPD-Landesvorstand das Papier „**Fünf Punkte für Kommunen**“ erarbeitet – ein weiterer Schritt der engen Zusammenarbeit zwischen Kommunal- und Landespolitik. Ziel ist es, die NRW-Landesregierung zum Handeln zu bewegen. Hendrik Wüst und seine Minister ignorieren die Unterstützungsbitten aus der kommunalen Familie. Unlängst haben insgesamt 355 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einen Brandbrief an den Ministerpräsidenten verfasst, der bislang ohne Reaktion geblieben ist.

Fotos: Solarimo und Albert Häslter - Pixabay

## **DAS „FÜNF-PUNKTE-PAPIER“ UMFASST VERSCHIEDENE ASPEKTE ZUR STÄRKUNG DER NORDRHEIN-WESTFÄLISCHEN KOMMUNEN:**

1. Für NRW muss der Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände am Landesanteil an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer sowie an vier Siebteln der Landeseinnahmen aus der Grunderwerbsteuer (Verbundsatz) von derzeit 23 Prozent auf zunächst 24 Prozent sowie nach Evaluation und Konsolidierung von Förderprogrammen auf 25 Prozent angehoben werden.



**Maik  
Luhmann**

Landesgeschäftsführer  
der SGK NRW

2. Die Landesregierung muss umgehend ein Nothilfeprogramm auf den Weg bringen, um eine Vielzahl von Kommunen vor der Haushaltssicherung bzw. Nothaushalten zu bewahren. Anstelle der auslaufenden Isolierungsmöglichkeiten nach dem NKF-CUIG muss die Landesregierung den Kommunen finanzielle Mittel zur Bewältigung der aktuellen Sonderlasten zur Verfügung stellen sowie den Stärkungspakt Stadtfinanzen neu auflegen und weiter entwickeln.
3. Die Landesregierung muss zeitnah in Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden und den demokratischen Fraktionen für eine konsensuale Landeslösung der Alt-schuldenproblematik eintreten.
4. Zur Bewältigung der bestehenden und künftigen Herausforderungen müssen Kommunen in die Lage versetzt werden, in die Zukunft vor Ort sowie in die Erhaltung der lokalen Infrastruktur investieren zu können. Hierfür sind längerfristig vereinbarte Unterstützungs- und Finanzierungsleistungen sowohl des Bundes als auch der Länder im Sinne eines Deutschlandpaktes Kommunen erforderlich. Schwerpunkte hierbei sollen der Bildungsbereich, die Schienen-, Verkehrs- sowie Versorgungsinfrastruktur, der Städtebau sowie Maßnahmen im Bereich der Wärmeplanung und der Steigerung von Energieeffizienz sein.
5. Kommunalverwaltungen sind zu entlasten. Wir fordern den Abbau bürokratischer Überregulierung, einen deutlich vereinfachten Zugang und einfache Administration bundes- sowie landesrechtlicher Programme und Fördermaßnahmen sowie die Digitalisierung und Vereinheitlichung von Verwaltungsverfahren.

Trotz der unklaren Situation des Bundeshaushaltes und der auch dort bestehenden Notlage ist es aus Sicht der NRW-Kommunen nötig, dass der Bund noch stärker mit gezielten Maßnahmen (Deutschlandpakt Kommunen) dabei hilft, vorhandene Investitionsdefizite zu beseitigen. Und auch, wenn die NRW-Landesregierung aktuell nichts tut, ist es nötig, den engen Schulterschluss mit der von der SPD geführten Bundesregierung zu suchen und Verbesserungen auf den Weg zu bringen. Denn 2025 ist nicht nur Bundestagswahl, sondern auch Kommunalwahl in NRW. Allein aus strategischen Gründen benötigen wir eine Bundesregierung, die kommunalfreundlich agiert!



## JEDEN FREITAG VON 9:00 - 9:30 UHR

### JEDE WOCHE EIN NEUES SPANNENDES UND KURZWEILIGES THEMA



Einfach über diesen QR-Code einwählen:



**zoom**  
Meeting: ID: 920 7951 8319  
Kenncode: 008324

Das wöchentliche Online-Format für alle Mitglieder, jeden Freitag, nur 30 Minuten!

Wir sprechen mit Euch über aktuelle politische Inhalte sowie Tipps und Tricks für die praktische politische Arbeit.

Alle Videos und Präsentationen der KOMMUNALEN KAFFEPAUSE sind im SGK-Intranet abrufbar.

<https://sgk.nrw/intranet>



# EINBERUFUNG

## 21. ORDENTLICHE DELEGIERTENVERSAMMLUNG



**D**ie 21. Ordentliche Landesdelegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik Nordrhein-Westfalen e.V., die am Samstag, dem 4. Mai 2024, 10:00 Uhr, in der Flora Köln stattfindet, wird hiermit formell einberufen.

Auf der Tagesordnung stehen Rechenschaftsbericht, Neuwahlen des Vorstands sowie Antragsberatungen.

Die Delegierten erhalten die Konferenzunterlagen und die endgültige Tagesordnung rechtzeitig vor der Versammlung. Die Antragsfrist endet am 9. März 2024.

Frank Meyer  
Vorsitzender der SGK NRW

# AUF GUTE ZUSAMMENARBEIT!

[www.SGK-NRW.de](http://www.SGK-NRW.de)

**M**it hervorragenden Ergebnissen sind die Landtagsabgeordnete Sarah Philipp und der Bundestagsabgeordnete Achim Post auf dem Landesparteitag Ende August in der Halle Münsterland als neue Vorsitzende der SPD Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Das Motto des Parteitages, „Die neue SPD im Westen“, machte bereits die Aufbruchstimmung deutlich. Sarah Philipp und Achim Post machten in ihren Bewerbungsreden deutlich, dass sie auf das Teamspiel der sozialdemokratischen Familie setzen und einen wichtigen Schwerpunkt in der Unterstützung der kommunalen Ebene sehen. Frank Meyer gratulierte als SGK-Landesvorsitzender: „Ich freue mich als Vertreter der kommunalen SPD-Familie auf die Zusammenarbeit mit den beiden neuen Vorsitzenden! Mit vereinten Kräften werden wir die SPD in Nordrhein-Westfalen wieder zurück an die Spitze führen.“

Fotos: SGK NRW



# „BEEILT EUCH ZU HANDELN, EHE ES ZU SPÄT IST ZU BEREUEN“

## KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG IST IN GEFAHR



**Sven  
Wiertz**

Stadtdirektor und  
Stadtkämmerer der  
Stadt Remscheid

*„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. (...) Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; (...)“*

Artikel 28 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland

**D**as Grundgesetz garantiert mit diesen Worten die kommunale Selbstverwaltung als eine der tragenden Säulen unseres staatlichen Gemeinwesens und knüpft damit an eine lange Tradition selbstbewusster und leistungsstarker Gemeinden in unserem Land an. Wenn sich nun die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus den Mitgliedskommunen des Städte- und Gemeindebundes in NRW mit „großer Sorge“ in einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten wenden, dann geschieht dies, weil „die kommunale Selbstverwaltung in unserem Land auf dem Spiel steht“.

Die gegenwärtige Situation der kommunalen Haushalte wird belastet durch eine bisher nicht dagewesene Häufung von Herausforderungen und Krisen mit teilweise dramatischen Auswirkungen auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden. Die Überlastung der Kommunen zeichnet sich in einer wachsenden Zahl von Aufgabenbereichen ab, die zu einer weitreichenden Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung führen. Die Kommunen werden so reduziert auf eine reine Auftragsverwaltung für Bund und Länder. Das bewährte Prin-

zip kommunaler Selbstverwaltung droht ausgehöhlt zu werden.

Alle Kommunen leiden unter den Folgen der inflationären Preisentwicklung, insbesondere (hoch) verschuldete Gemeinden erleiden derzeit einen Zinsschock, der zu einer dramatischen Verschlechterung der Haushaltslage führt. Die vom Land zuerst für 2024 angekündigte und nun auf 2025 vertagte Altschuldenlösung verschlechtert die Lage zusätzlich. Bereits heute ist absehbar, dass zahlreiche Kommunalhaushalte tief in die roten Zahlen stürzen, zumal die Regierungsfractionen von CDU und Bündnis'90/DIE GRÜNEN angekündigt haben, die als Bilanzierungshilfe gedachte Isolierungsmöglichkeit zu beenden. Kommunen mit einem laufenden Doppelhaushalt 2023/2024 können diese Möglichkeit noch in der Haushaltsplanung für 2024 ansetzen, wie damit bei der Jahresrechnung verfahren werden soll, ist jedoch auch weiterhin nicht gesetzlich geregelt.

**„Die Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen gestaltet sich zunehmend schwieriger, weil die erforderlichen Ressourcen nicht mehr bereitgestellt werden können.“**

Fotos: Karlsruhnärrat - Pixabay | Thomas E. Wunsch

Unter diesen dramatisch verschlechterten Rahmenbedingungen lastet auf Städten und Gemeinden die Verantwortung das örtliche Zusammenleben zu organisieren und zugleich neue Aufgaben wahrzunehmen.

Die Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen gestaltet sich zunehmend schwieriger, weil die erforderlichen Ressourcen nicht mehr bereitgestellt werden können. Diese Entwicklung führt zu wachsenden und besorgniserregenden gesellschaftlichen Konflikten. Die Ergebnisse der zurückliegenden Landtagswahlen in Hessen und Bayern dokumentieren dies in dramatischer Weise.

Darüber hinaus formulieren Bund und Länder neue Herausforderungen für die Städte und Gemeinden.

### DAZU ZÄHLEN INSBESONDERE:

- der weiterhin nicht ausfinanzierte Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich;
- die Verpflichtung zur Erstellung kommunaler Wärmeplanungen im Zuge der Energiewende ohne vollständige Refinanzierung;
- die weiterhin nicht geklärte dynamische Finanzierung des Deutschland-Tickets im Zuge der Verkehrswende;
- die unzureichende Unterstützung der Kommunen an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen.

Die finanzielle Grundausrüstung der Kommunen durch das Land reicht dafür längst nicht mehr aus. Die Anhebung des Verbundsatzes im Gemeindefinanzierungsgesetz, um die Kommunen stärker am staatlichen Steueraufkommen zu beteiligen, ist eine der dringenden Forderungen der kommunalen Familie.

In die gleiche Richtung zielt die Forderung nach einer besseren Finanzausstattung der Kommunen für Investitionsmaßnahmen. Anstelle des weiteren Ausufers von Förderprogrammen mit teilweise hohem bürokratischem Aufwand, werden Globalbudgets für die Kommunen gefordert, um die Entscheidungs- und Umsetzungsverantwortung in Städten und Gemeinden vor Ort zu bündeln. Die Konjunkturpakete haben in der Vergangenheit unter Beweis gestellt, wie gesamtstaatliche Aufgaben und kommunale Selbstverwaltung wirksam miteinander verbunden werden können. Dazu gehört auch die Möglichkeit aus diesen Programmen künftig kommunales Personal zu refinanzieren, das im Zuge von Investitionsmaßnahmen dringend benötigt wird. Es ist nicht vermittelbar, dass Personalaufwand beauftragter Dritter in Abrechnung gebracht werden kann, eigenes Personal hingegen strikt davon ausgeschlossen wird.

Hier stehen Bund und Länder in der Verpflichtung die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehört auch die Bereitschaft keine Vereinbarungen zulasten Dritter zu treffen. Bei der Eingliederungshilfe oder dem offenen Ganztage ist dies jedoch geschehen, indem die kommunale Familie Lasten auferlegt bekommt, deren Refinanzierung nicht oder nur zu einem geringen Teil erfolgt.

Bund und Länder müssen sich darüber im Klaren sein, dass die Kommunen die Wurzeln des staatlichen Gemeinwesens sind. Die

Funktionsfähigkeit des Staates spiegelt sich in vitalen Kommunen wieder, die ihrem Verfassungsauftrag der kommunalen Selbstverwaltung auch nachkommen können. Sie schaffen damit das erforderliche Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Demokratie. Umgekehrt bedroht eine permanente Schwächung der Städte und Gemeinden das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates. Wenn kommunale Selbstverwaltung bedeutete, ausschließlich den Haushalt durch Reduzierung freiwilliger Leistungen oder die Erhöhung der Steuern zu konsolidieren, wird es zudem schwieriger Menschen zu finden, die bereit sind, als kommunale Mandatsträger ehrenamtlich Verantwortung für das Allgemeinwesen zu übernehmen.



Das Aktionsbündnis für die Würde der Städte, dem auch zahlreiche Gemeinden aus NRW angehören, hat sich in Sorge um diese Entwicklung unlängst auch an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gewandt: „Wir brauchen Ihre Hilfe. Ihre Worte sind starke Zeichen, Ihr Signal an die Verantwortlichen im Bund könnte den gordischen Knoten durchschlagen, der derzeit die Altschuldenhilfe und eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen verhindert. Um nicht weniger bitten wir Sie, damit uns „das Haus nicht über dem Kopf zusammenbricht“ und damit wir auf das „Warum“ wieder Antworten geben können, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre Kommunen und unseren Staat als Ganzes stärken.“

Darin schwingt eine Mahnung mit, die Willy Brandt in Anlehnung eines Zitats von Fridtjof Nansen aussprach: „Beeilt euch zu handeln, ehe es zu spät ist zu bereuen.“

# „KONFERENZ GUTES REGIEREN IN EINEM MODERNEN STAAT“

Im November trafen sich auf Einladung des Arbeitskreises Staatsreform und der SGK NRW zahlreiche Expertinnen und Experten aus Nordrhein-Westfalen und dem gesamten Bundesgebiet, um darüber zu diskutieren, wie wir unser Staatswesen auf allen Ebenen umfassend modernisieren. Die Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmer haben dabei vor allem die Frage in den Blick genommen, wie ein grundlegender Wandel hin zu einem ermöglichenden, lernenden und digitalen Staat gelingen kann. Die Organisatoren Arne Schneider, Dr. Matthias Woisin und Maik Luhmann waren sich sicher: „Gemeinsam wagen wir mit diesem Kongress Neues – und es wird allerhöchste Zeit!“

In ihrem Impulsvortrag machte Valentina Kerst, ehemalige Staatssekretärin, Autorin und Digitalpolitikerin, deutlich, dass Bürokratie aus ihrer Sicht trotz aller Vorurteile nicht das größte Problem auf dem Weg zu einem digitalen Staat darstelle. Vielmehr müsse mehr Energie in die Vernetzung der Verwaltungsstrukturen gesteckt werden. Dabei dürfe nicht ständig ein häufiger Fehler wiederholt werden, nämlich dass versucht werde, schlechte Prozesse digital zu übersetzen. Aus ihrer Sicht müssen Prozesse zunächst hinterfragt und optimiert werden, bevor sie digitalisiert werden. Ihr sei bewusst, dass die Digitalisierung und die bessere Vernetzung sehr viel Geld kosten. Trotzdem seien Investitionen in diese Bereiche immer noch wesentlich günstiger als zu wenig zu tun und irgendwann den Anschluss zu verlieren. Für das künftige Vorgehen formulierte Valentina Kerst als Leitlinie: Keine Sonntagsreden, mehr Begeisterung und eine verbesserte Fehlerkultur!

Zuvor hatte bereits Sarah Philipp, SPD-Vorsitzende in NRW und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion NRW, darauf hingewiesen, dass sowohl die Akzeptanz der Menschen als auch der wirtschaftliche Wohlstand im Land von einem modernen Staatswesen abhängig seien. Nur wenn die Menschen der Verwaltung und der Politik vertrauen und auch zutrauen, die Probleme anzugehen, könne die Demokratie davon profitieren.

In der Diskussionsrunde „Vorwärts – oder: in der Krise Zukunft planen“ machte Jochen Ott als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion deutlich, dass Bildung der zentrale Schlüssel für die Gestaltung der Zukunft sei. Die Zukunft vor Ort beginne mit den Köpfen unserer Kinder! Nach Meinung des Bundestagsabgeordneten Brian Nickholz sei in diesem Zusammenhang auch die Frage der Bildungsstruktur zu erläutern. Prof. Dr. Carsten Kühl, Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), erläuterte, dass im Rahmen der Transformationsbemühungen viel Wert auf soziale Ausgewogenheit gelegt werden müsse, um alle gesellschaftlichen Schichten einzubinden.

Im Panel „Staatskunst und Verwaltungsmodernisierung“ erläuterte zunächst Dirk Wiese als stellvertretender Vorsitzender der SPD-







Bundestagsfraktion den Zusammenhang zwischen Staatskunst und einer auskömmlichen Finanzierung der öffentlichen Ausgaben. Wenn in der Öffentlichkeit ständig jede staatliche Ebene eine jeweils andere für Probleme verantwortlich mache, Sorge das nicht für Vertrauen. Vor diesem Hintergrund werde man mittelfristig auch nicht um eine weitere Föderalismusreform herumkommen. Marion Weike, stellvertretende Vorsitzende der SGK NRW, und Prof. Dr. Frank Bätge appellierten, insbesondere der kommunalen Ebene seien mehr Freiräume zuzugestehen.

Im Rahmen der Diskussion über „Staatsverständnis in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft“ diskutierten Dr. Carsten Sieling, ehemaliger Bürgermeister der Hansestadt Bremen, Folke Große Deters von der ASJ sowie der Ökonom Torsten Windels über die Frage, mit welchen rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Impulsen der Staat voranzubringen sei.

Wolfgang Förster, Staatssekretär im saarländischen Ministerium der Finanzen und für Wissenschaft, stellte in seinem Impuls die Frage nach „Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Staatsfinanzen“ in den Mittelpunkt. Hierbei machte er am Beispiel des Saarlandes deutlich, dass notwendige Voraussetzungen für die Prosperität eines Bundeslandes, von der schließlich auch die Kommunen profitieren, Industrie, Infrastruktur und Innovation seien.

Abschließend beleuchteten Thomas Losse-Müller, Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag Schleswig-Holstein, Dr. Ralf Kleindiek, Berater und ehemaliger CDO des Landes Berlin, sowie Rajko Kravanja, Bürgermeister der Stadt Castrop-Rauxel und Bochums Stadtdirektor Sebastian Kopietz den Komplex „Moderner Staat und digitaler Aufbruch“. In seinem Beitrag warb Thomas Losse-Müller für eine digitale Ordnungspolitik, die als Richtschnur für künftige Entwicklungen dienen könne. Die Digitalisierungsexperten diskutierten anschließend darüber, wie in Deutschland und NRW nach und nach eine digitale Infrastruktur errichtet werden könne, die den Vergleich mit europäischen Nachbarländern nicht mehr scheuen müsste.

Als Kamingast schlug Norbert Walter-Borjans, ehemaliger SPD-Vorsitzender und ehemaliger nordrhein-westfälischer Finanzminister, im Gespräch mit Dr. Matthias Woisin die Brücke zwischen innovativen Ideen und Konzepten und ihrer konkreten Umsetzung. „NoWaBo“ begeisterte sein Publikum mit zahlreichen Anekdoten und spannenden Hintergrundinformationen.

„Das war ein gelungener Auftakt! Wir werden diese Debatte in jedem Fall weiterführen“, sind sich Arne Schneider, Dr. Matthias Woisin und Maik Luhmann einig.



# ACE-CHECK: WAS BRAUCHT EIN GUTER PARK-AND-RIDE-PLATZ?



**Jael  
Räker**

Regionalbeauftragte  
NRW & Nord beim  
Automobilclub  
Europa e.V. (ACE)

**D**er Auto Club Europa setzt sich jedes Jahr mit seinen bundesweiten Aktionen in den 110 ACE-Kreisen vor Ort für das Thema Verkehrssicherheit ein. Getragen werden diese so genannten Clubinitiativen von den über 700 Ehrenamtlichen. Denn der ACE ist ein Verein mit engagierten Menschen, die gestalten und verbessern wollen. In den vergangenen Jahren wurden Schulwege, das barrierefreie Parken in den Städten und unbewirtschaftete Rastplätze an den Autobahnen unter die Lupe genommen. Themen, bei denen auch oft die einzelnen Kommunen mitreden können oder sogar die Entscheidungskompetenz besitzen. 2023 widmete sich der Club der Frage „Kann Deutschland P+R?“ – auch an der Gestaltung von guten Park-and-Ride-Plätzen sind die Kommunen maßgeblich beteiligt.

Die Ehrenamtlichen des ACE haben von Anfang April bis Ende Juli bundesweit 643 Park-and-Ride-Plätze mit ÖPNV-Anschluss überprüft. Im Fokus der Tests standen die Kategorien Angebot & Ausstattung, Sicherheit, Barrierefreiheit sowie zusätzliche Mobilitätsangebote. Europas Mobilitätsbegleiter kommt zu einem durchwachsenen Urteil. Erste Anregungen für Verbesserungen konnten bei einigen Checks gleich vor Ort den Verantwortlichen mit auf den Weg gegeben werden, da häufig Vertreterinnen und Vertreter aus der Kommunal- sowie Landespolitik diese Termine begleiteten.

## MEHR ALS EIN VIERTEL DURCHGEFALLEN

Insgesamt 27 Kriterien wurden überprüft: Verfügt der P+R-Platz über mehr als ein ÖPNV-Angebot? Sind barrierefreie Parkplätze vorhanden? Gibt es eine flächendeckende Beleuchtung? Wie steht es um weitere Mobilitätsangebote wie Carsharing, Taxi-Stand oder Leihfahräder? All diese und weitere Kriterien erfüllten gerade einmal sieben Prozent der überprüften Plätze und wurden mit dem Prädikat „Exzellent“ ausgezeichnet. Darunter fällt die Anlage am Bahnhof Brennerstraße im bayerischen Bamberg. Sie wurde mit 16 Punkten zum besten Park-and-Ride-Platz Deutschlands gekürt.

68 Prozent der begutachteten P+R-Anlagen liegen im Mittelfeld und haben den ACE-Check bestanden. Gleichzeitig konnte ein Viertel der untersuchten Parkplätze nur weniger als acht Punkte erzielen und ist damit durchgefallen. Mit lediglich zwei von möglichen 18 Punkten landete der Parkplatz am Bahnhof Jettingen in Bayern auf dem letzten Platz. Er konnte weder in Sachen Sicherheit noch mit weiteren Mobilitätsangeboten einen einzigen Punkt holen. Positiv ist lediglich, dass der Platz kostenfrei ist.

## BEI SICHERHEIT & BARRIEREFREIHEIT VIEL LUFT NACH OBEN

In der Kategorie Sicherheit wurde überprüft, ob ausreichende Beschilderung und Beleuchtung, eine Videoüberwachung, sichtbare Stellplatzmarkierungen und eine optische bzw. bauliche Trennung zwischen Fahrbahn und Gehbereich vorhanden sind. Der Bundesdurchschnitt liegt hier bei 65 Prozent. Ein besonders positives Bild zeigt sich in den Stadtstaaten Hamburg (88 Prozent) und Bremen (80 Prozent), während Berlin mit 59 Prozent ebenso wie Schleswig-Holstein und Bayern unter dem Durchschnitt bleibt. Schlechter schneiden in punkto Sicherheit nur Niedersachsen mit 56 Prozent und Rheinland-Pfalz mit 46 Prozent ab.

Noch schlechter sieht es bei der Barrierefreiheit aus: Die getesteten Park-and-Ride-



**Roger  
Zwiehoff**

Regionalbeauftragter  
für NRW des  
Automobilclub  
Europa e.V. (ACE)

Plätze sind nur zu 64 Prozent barrierefrei. Platz eins belegt hier Hamburg mit 78 Prozent, während ein Großteil Westdeutschlands weit unter dem Durchschnitt liegt. Besonders dramatisch ist das Bild in Rheinland-Pfalz, wo nur 45 Prozent in der Kategorie „Barrierefreiheit“ erreicht wurden.

**PARK-AND-RIDE IN NORDRHEIN-WESTFALEN**

Die Park-and-Ride-Plätze in Nordrhein-Westfalen schneiden im bundesweiten Vergleich etwas besser ab. Sechs Prozent der getesteten Anlagen erhielten das Prädikat „Exzellent“, 72 Prozent „bestanden“ und nur 20 Prozent fielen beim Test durch. Die beste Bewertung in NRW erhielt der P+R am Bahnhof Detmold mit 15,75 Punkten. Als schlechteste P+R-Anlage ging die Von-der-Tann-Straße in Dortmund aus dem Test hervor.

Die ACE-Clubinitiative wurde in Nordrhein-Westfalen von der neuen NRWSPD-Landesvorsitzenden Sarah Philipp über den verkehrspolitischen Sprecher der NRWSPD-Landtagsfraktion Gordan Dudas und anderen Landtags- und Bundestagsabgeordneten der NRWSPD sowie engagierten Kommunalpolitikerinnen und -politikern begleitet. Bei den gemeinsamen Begehungen der P+R Anlagen erfolgte ein persönlicher Austausch über die vorhandene Infrastruktur und deren Zustand sowie über zusätzliche Mobilitätsangebote als Erweiterung der Verkehrsknotenpunkte. Angeregt durch die gemeinsamen Begehungen und Bewertungen der P+R-Anlagen ist in einigen Kommunen geplant, Anträge zur Verbesserung der Infrastruktur in den Fachausschüssen zu stellen. Darüber hinaus entstand der Wunsch, eine Broschüre mit Best-Practice-Beispielen und Kriterien für die Planung und Umsetzung von guten P+R Anlagen als Handreichung für die Kommunalpolitik zu entwickeln.

**ACE SIEHT BUNDESWEITEN HANDLUNGSBEDARF**

Stefan Heimlich, Vorsitzender des ACE, über die Ergebnisse: „Auch wenn der Großteil der Park-and-Ride-Plätze unseren Check bestanden hat, ist das Gesamtergebnis kein Grund zur Freude. Vor allem bei der Sicherheit und der Barrierefreiheit dürfen wir keine Abstriche machen und weniger als 100 Prozent akzeptieren. Mit rund 65 Prozent in beiden Kategorien sind wir von diesem Ziel noch weit entfernt. Park-and-Ride-Anlagen sind als Schnittstellen zwischen Städten und angrenzenden Landkreisen die richtige Lösung, müssen attraktiv und alltagstauglich sein, damit sie genutzt werden.“ So ist zu bemängeln, dass gerade einmal 29 Prozent der überprüften Plätze über eine Ladesäule verfügten – leider auch meist mit Blockiergebühr. Hier fordert der ACE einen flächendeckenden Ausbau der Park-and-Ride-Anlagen mit Ladesäulen.

Der ACE hat mit der diesjährigen Clubinitiative das Thema der multimodalen Mobilität in den Fokus gerückt. Dafür konnten neben Ingo Wortmann, Präsident des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), als Schirmherrn auch die „Allianz pro Schiene“ und den Bundesverband der Betrieblichen Mobilität als Partner gewonnen werden. Alle Daten zur Barrierefreiheit werden außerdem der Organisation wheelmap.org unter dem Dach der Sozialheld\*innen zur Verfügung gestellt. Und: Haupt- und Ehrenamt unterstützen die Kommunen auch in der Zukunft, wenn es um die Frage guter Park-and-Ride-Plätze geht. Sie unterstützen bei den Planungen und dem Bau von P+R-Anlagen und bringen ihr Fachwissen mit ein.

Fotos: Xolga Kaya - ACE | Martin Schmitz - SPD | Philipp Kallweit

Insgesamt rund 700 Ehrenamtliche des ACE haben seit April 2023 deutschlandweit P+R-Anlagen hinsichtlich Ausstattung, Barrierefreiheit, Sicherheit und zusätzlicher Mobilitätsangebote geprüft.

**ERGEBNISSE DER 643 CHECKS**




**Duisburg**

Die SPD-Ratsherren Dieter Lieske und Uwe Ernst haben gemeinsam mit MdL Sarah Philipp und ACE-Regionalvorstand Jörg Starke (vlnr) zwei Park-und-Ride-Parkplätze getestet



**Dortmund Hombruch**

Vlnr: Silvyia Ixkes-Henkemeier (SPD-Ratsmitglied), Volkan Baran MdL, Roger Zwiehoff, Anja Butschkau MdL, Norbert Schilf (1. Bürgermeister)



**Parkplatz „Am Brügger Bahnhof“ Lüdenscheid**

Vlnr: Jael Rachel Räker, Günther Dräger, Fraktionsmitglied Philipp Kallweit, Roger Zwiehoff, Gordan Dudas MdL

# SEMINARPROGRAMM 2024

## BILDUNGSPROGRAMM DER SGK NRW

### ONLINESEMINARE

<b>Digitale Öffentlichkeitsarbeit</b> Politisches Schreiben mit ChatGPT	24.02. 10 bis 16 Uhr	Dr. Simon Bujanowski
<b>Kommunikation und Rhetorik</b> Danke für Ihren Einsatz – Erfolgreich Grußworte halten	07.03. 17 bis 20 Uhr	Tom Hegemann
<b>Digitale Öffentlichkeitsarbeit</b> Social Media Praxisworkshop – Für Einsteiger*innen	12.03. 17 bis 20 Uhr	Carolin Schröder public-pioneers GmbH
<b>Kommunalpolitik in der Praxis</b> Neues Kommunales Finanzmanagement – NKF I	14.03. 17 bis 20 Uhr	Karl-Heinz Blasweiler
<b>Öffentlichkeitsarbeit</b> Medienmacher mit gut aufbereiteten Themen überzeugen	09.04. 17 bis 20 Uhr	Michael Tobias MT Content Marketing
<b>Kommunikation und Rhetorik</b> „Sagen was ist(...)“ – aber wie? – Kompakte Grundlagen der Rhetorik	16.04. 17 bis 20 Uhr	Lena Kamps-Engel
<b>Kommunikation</b> Engagierte für die Kommunalpolitik gewinnen	15.05. 17 bis 20 Uhr	Dr. Simon Jakobs
<b>Kommunikation und Rhetorik</b> Die Macht der Geschichten“ – Erfolgreiches Storytelling	07.06. 15 bis 20 Uhr	Tom Hegemann
<b>Kommunikation und Rhetorik</b> „Willst du Recht haben oder glücklich sein?“ – Konflikte konstruktiv lösen	11.06. 17 bis 20 Uhr	Lena Kamps-Engel
<b>Digitale Öffentlichkeitsarbeit</b> Kurzvideos und Reels schnell und einfach erstellen	26.06. 17 bis 20 Uhr	Carolin Schröder public-pioneers GmbH
<b>Kommunikation</b> Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit	26.08. 17:30 bis 20:30 Uhr	Michael Tobias MT Content Marketing
<b>Kommunikation und Rhetorik</b> „Sagen was ist(...)“ – aber wie? – Kompakte Grundlagen der Rhetorik	03.09. 17 bis 20 Uhr	Lena Kamps-Engel
<b>Kommunikation</b> Priming und Framing für die kommunalpolitische Arbeit	11.09. 17 bis 20 Uhr	Dr. Simon Jakobs
<b>Kommunalpolitik in der Praxis</b> Neues Kommunales Finanzmanagement – NKF I	26.09. 17 bis 20 Uhr	Karl-Heinz Blasweiler
<b>Kommunikation und Rhetorik</b> „Willst du Recht haben oder glücklich sein?“ – Konflikte konstruktiv lösen	26.11. 17 bis 20 Uhr	Lena Kamps-Engel



### PRÄSENZSEMINARE

<b>Kommunalpolitik in der Praxis</b> Die Fäden in der Hand – Sitzungen erfolgreich leiten	27.01. Düsseldorf	Tom Hegemann
<b>Kommunikation und Rhetorik</b> Schreibwerkstatt für gute Öffentlichkeitsarbe	02.03. Düsseldorf	Michael Tobias MT Content Marketing
<b>Rhetorik und Auftritt</b> Die Lust am Auftritt für Ehrenamtler*innen und Kandidat*innen	09. - 10.03. Düsseldorf	Dramaschule Düsseldorf
<b>Rhetorik und Auftritt</b> Schlagfertigkeit - überzeugend argumentieren	20.04. Düsseldorf	Dramaschule Düsseldorf
<b>Kommunikation</b> Die Politische Kampagne planen – Organisation & Kommunikation von A-Z	27.04. Düsseldorf	Carolin Schröder public-pioneers GmbH
<b>Rhetorik und Auftritt</b> Die Lust am Auftritt für Ehrenamtler*innen und Kandidat*innen	15. - 16.06. Düsseldorf	Dramaschule Düsseldorf
<b>Kommunikation</b> Der Methodenkoffer – Handwerkszeug für die Arbeit vor Ort	22.06. Düsseldorf	Carolin Schröder public-pioneers GmbH
<b>Kommunikation</b> Training fürs Bürgergespräch	29.06. Düsseldorf	Michael Tobias MT Content Marketing
<b>Rhetorik und Auftritt</b> Die Lust am Auftritt für Ehrenamtler*innen und Kandidat*innen	31.08 - 01.09. Düsseldorf	Dramaschule Düsseldorf
<b>Rhetorik und Auftritt</b> Schlagfertigkeit – überzeugend argumentieren	07.09. Düsseldorf	Dramaschule Düsseldorf
<b>Digitale Öffentlichkeitsarbeit</b> Medienkampagnen umsetzen	14.09. Düsseldorf	Michael Tobias MT Content Marketing
<b>Rhetorik und Auftritt</b> Crashkurs Argumentationstraining	23.11. Düsseldorf	Dramaschule Düsseldorf

## Kommunalkolleg NRW

Das „Kommunalkolleg NRW“ ist eine Bündelung der Seminarangebote der SGK NRW, des Willi-Eichler-Bildungswerkes, des Heinz-Kühn-Bildungswerkes, des Bildungswerkes Stenden und der Kommunalakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

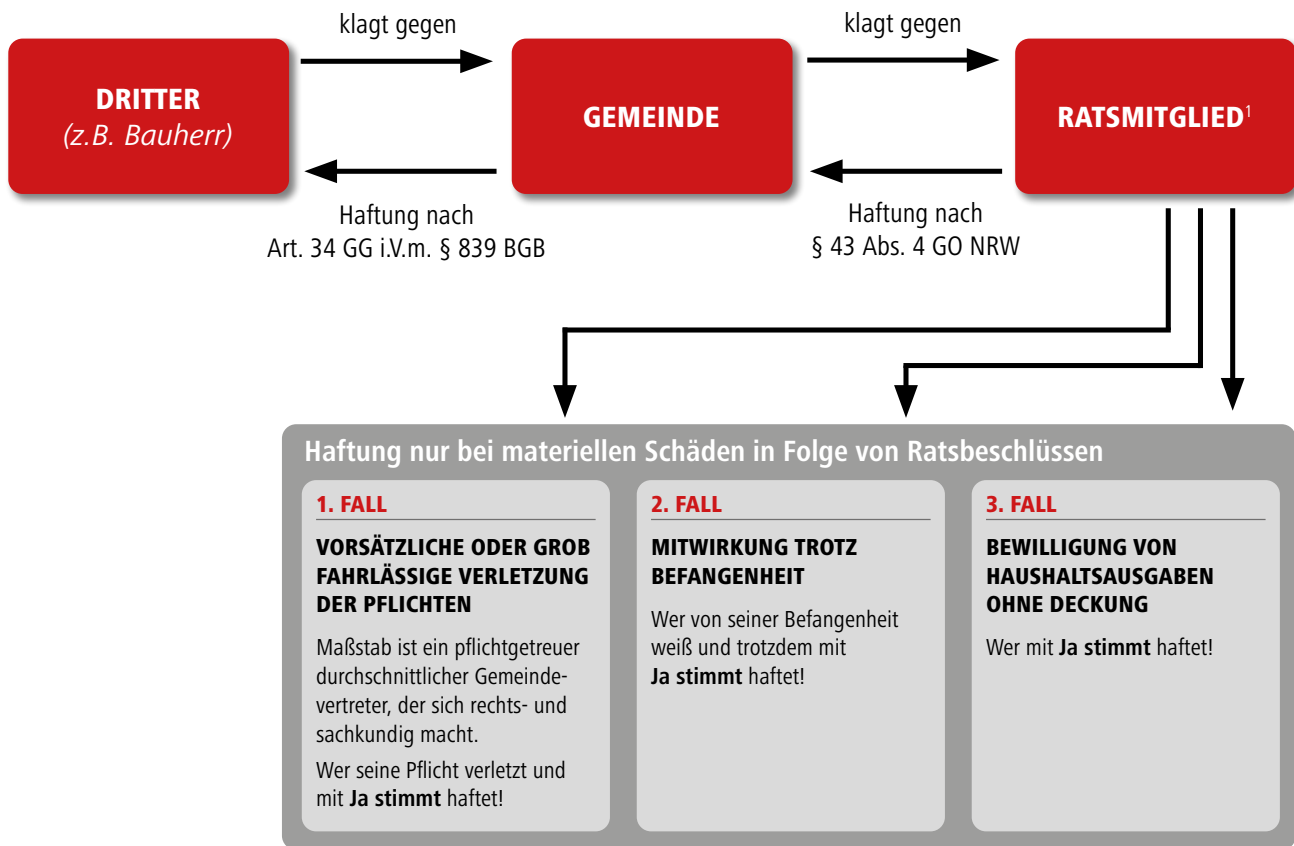
Auf der Internetplattform [www.Kommunalkolleg.de](http://www.Kommunalkolleg.de) werden neben den Terminseminaren auch Seminarbausteine aller beteiligten Akteure angeboten.

Weiterbildungsangebote  
für Kommunalos und die,  
die es noch werden wollen.



AUF EINEN BLICK

# WANN HAFTET EIN RATSMITGLIED FÜR RATSBSCHLÜSSE?



Hinweis: Es handelt sich aus Gründen der Übersichtlichkeit um eine vereinfachte Darstellung.

## DREI FRAGEN ZUM SCHLUSS

### Welche Beispiele gibt es?

Beispiele sind die rechtswidrige Versagung des Einvernehmens der Gemeinde nach § 36 BauGB oder ein Fehler bei der Aufstellung eines Bebauungsplans, etwa durch die Abstimmung eines befangenen Ratsmitglieds.

### Muss die Gemeinde die Ratsmitglieder in Haftung nehmen?

Ja, die Gemeinde hat Ansprüche aus § 43 Abs. 4 GO NRW nach dem Wirtschaftlichkeitsgebot aus § 77 Abs. 2 GO NRW geltend zu machen.

### Was heißt das in der Praxis?

Es gibt wenig Beispiele, da schon die Beweisführung schwierig ist, wenn im Protokoll nicht erfasst ist, wer im Einzelnen mit Ja gestimmt hat.

Foto: SGK NRW  
<sup>1</sup> Gemeint sind hier auch Kreistags-, Ausschuss- und BV-Mitglieder, soweit diese abschließende Beschlüsse fassen.

# KURZ VORGESTELLT

## LESESTOFF FÜR DIE KOMMUNALPOLITISCHE ARBEIT



### HANDBUCH FÜR RATS- UND AUSSCHUSSMITGLIEDER NRW

Von Von Ernst-Dieter Bösche,  
Verlag Reckinger,  
3. Auflage 2023, Softcover,  
ISBN 978-3-7922-0408-5,  
240 Seiten, 26,90 Euro

Das Handbuch dient als Arbeitshilfe für die Träger des kommunalen Mandats, indem es unter anderem

- die Rechte und Pflichten von Rats- und Ausschussmitgliedern
- die Verfahrensregeln für die Rats- und Ausschussarbeit
- und die Zuständigkeit von Rat und Ausschüssen thematisiert.

Die in der Lektüre vorhandenen Checklisten stellen hierbei eine Hilfe für eine schnelle Prüfung der Rechtmäßigkeit von Sitzungsabläufen dar. Außerdem werden mithilfe von vielen Praxisbeispielen und Abbildungen Sachverhalte verdeutlicht.

Es handelt sich um die dritte Ausgabe des Buches, welche nicht nur die aktuelle Rechtsprechung enthält, sondern auch ein neues Kapitel zur Durchführung digitaler Ratssitzungen beinhaltet.

*Ernst-Dieter Bösche ist Bürgermeister sowie Stadtdirektor im Ruhestand. Mittlerweile ist er als Dozent am Rheinischen Studieninstitut für kommunale Verwaltung tätig.*

#### IMPRESSUM

DIE KOMMUNALE  
Das Magazin für Kommunalpolitik  
Herausgeber:  
Sozialdemokratische Gemeinschaft  
für Kommunalpolitik in NRW e.V.  
(SGK NRW)  
Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf  
Tel.: 0211-876747-0  
Fax: 0211-876747-27  
info@sgk-nrw.de

www.diekommunale.de  
Verantwortlich (auch für Anzeigen):  
Maik Luhmann,  
Landesgeschäftsführer der SGK NRW  
Satz und Gestaltung:  
SGK NRW, Postfach 20 07 04,  
40104 Düsseldorf  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge  
geben nicht unbedingt die Meinung  
der SGK NRW wieder. Nachdruck  
mit Quellenangabe gestattet.

### BILANZIERUNG UND JAHRESABSCHLUSS IN DER KOMMUNALVERWALTUNG

Von Prof. Dr. Mark Fudalla, WP/StB Martin Tölle und Christian Wöste, Erich Schmidt Verlag, 5. neu bearbeitete Auflage 2023, Softcover, ISBN 978-3-503-21299-6, 363 Seiten, kartoniert, 29,95€

Das Lehrbuch vermittelt dem Leser die Grundlagen der Bilanzierung und behandelt des Weiteren Themen rund um den Jahresabschluss, sowie den Gesamtabchluss von Kommunen. Der Leser eignet sich mithilfe verschiedener Übungsaufgaben Fachwissen an, welches dabei hilft, das Neue Kommunale Finanzmanagement (NFK) erfolgreich anzuwenden. Verschiedene Beispiele und Abbildungen veranschaulichen das Thema.

Das Werk richtet sich hauptsächlich an Studierende und Praktiker in der kommunalen Verwaltung Nordrhein-Westfalens, doch hilft auch den Lesern aus anderen Bundesländern dabei, einen fundierten Einblick in die Themen zu erhalten.

*Prof. Dr. Mark Fudalla ist Professor für öffentliche Betriebswirtschaft an der Hochschule Nordhausen.*



### HERAUSFORDERUNGEN FÜR DAS VERWALTUNGSRECHT

Von Hermann Hill und Veith Mehde,  
Schriftenreihe der Deutschen Universität  
für Verwaltungswissenschaften Speyer  
(HS), Band 241, Duncker & Humboldt,  
2023, Softcover, ISBN 978-3-428-18977-9,  
231 Seiten, 79,90 Euro

Die Welt ist im Wandel – sei es durch die sozialen Netzwerke, Künstliche Intelligenz, Digitalisierung (Stichwort E-Government), die vergangene Pandemie oder den Klimawandel. Eventuelle Herausforderungen, die dadurch entstehen, betreffen auch das allgemeine Verwaltungsrecht. Die Wissenschaft ist aufgefordert, die Wirkungen dieser Herausforderungen auf das allgemeine Verwaltungsrecht zu reflektieren und Lösungen vorzuschlagen. So haben sich die Autoren des Buches das Ziel gesetzt, Ansatzpunkte und Perspektiven aufzuzeigen, welche als Hilfestellungen dienen. Dabei greifen zahlreiche Experten die oben genannten Themen auf und befassen sich in dem Werk beispielsweise mit den Herausforderungen für das Verwaltungsverfahren, der digitalen Verantwortung des Staates oder dem Einfluss der Pandemie auf die Handlungsformen des Verwaltungsrechts.

Die Herausgeber des Buches sind Hermann Hill und Veith Mehde. Prof. Dr. Hermann Hill ist Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Prof. Dr. iur. Veith Mehde, Mag.rer.publ., ist Inhaber eines Lehrstuhls für Öffentliches Recht und geschäftsführender Direktor des Instituts für Staatswissenschaft der Leibniz Universität Hannover.



# EHRUNG FÜRS LEBENSWERK

## ROLAND SCHÄFER ERHÄLT DEN DEMO-KOMMUNALFUCHS



Anfang November hatte die Demokratische Gemeinde (DEMO) zum jährlichen „Familientreffen“, dem DEMO-Kommunalkongress geladen. Neben dem abwechslungsreichen Programm rund um aktuelle kommunale Themen fand im Rahmen der Abendveranstaltung die Verleihung der Kommunalfüchse statt.

Zur guten Tradition der Verleihung der Kommunalfüchse gehört es, Menschen für ihr Lebenswerk zu ehren. In diesem Jahr war es Roland Schäfer. Der Sozialdemokrat war unter anderem von 1998 bis 2020 hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Bergkamen. Darüber hinaus engagierte sich Schäfer im Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, im Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie in den Gremien der SGK NRW und Bundes-SGK.

„Im kommunalpolitischen Bereich klingt Dein Name wie ein Donnerhall“, hob Ralph Spiegler, 1. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, in seiner Laudatio hervor. Viele „Prüfsteine“ habe Schäfer in seiner Laufbahn bestanden: den als Bürgermeister, als aktives Mitglied der SGK in Land und Bund, als Funktionär im Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf allen Ebenen und schließlich den als Sozialdemokrat. Schäfer war 1983 in die Partei eingetreten. Ihre Ideale Freiheit, Demokratie und Ge-

rechtigkeit habe Schäfer auf allen Ebenen gelebt – „als Lehrmeister, Wegbereiter und Begleiter“, freute sich Spiegler.

Neben Roland Schäfer wurden für ihr Engagement in diesem Jahr die AsF Erfurt und Stefan Sternberg, Landrat von Ludwigslust-Parchim ausgezeichnet.

**WEITERE INFORMATIONEN  
ZUR PREISVERLEI-  
HUNG 2023**



# Kommunen nicht im Regen stehen lassen

Fast die Hälfte der Kommunen in NRW kann ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen. Noch in ihrem Koalitionsvertrag hatte die Landesregierung für 2023 einen **Altschuldenfonds** angekündigt, der die Kommunen entlasten sollte. Doch die Lösung sah die Finanzierung in Höhe von 800 Millionen Euro pro Jahr einzig aus kommunalen Geldern vor, während sich das Land einen schlanken Fuß machen wollte. Der Gegenwind war so groß, dass **Ministerpräsident Hendrik Wüst und Kommunalministerin Ina Scharrenbach ihren Vorschlag wieder einkassierten und die Lösung auf das Haushaltsjahr 2025 vertagten.**

**Zudem lässt die Landesregierung die Städte und Gemeinden bei der Unterbringung Geflüchteter im Regen stehen.** Das Land will seine Plätze nicht ausbauen und beharrt auf der Erstattungsregelung aus dem Jahr 2017 – obwohl die Kosten seitdem explodiert sind. Gesundheits- und Vorhaltekosten werden gar nicht übernommen. Anstatt Geld in dieses überforderte System zu geben, wollen Wüst und Scharrenbach den Kommunen nur mit Haushaltstricks auf dem Papier helfen.

**Die Folgen dieser kommunalfeindlichen Politik sind absehbar:** Politisch Verantwortliche vor Ort werden sich gezwungen sehen, Investitionen zu streichen sowie Grund- und Gewerbesteuern drastisch zu erhöhen. Die Verantwortung dafür trägt dann nur einer: Es werden Wüst-Steuern sein.

## Unsere Forderungen für solide Finanzen in den Kommunen



### MEHR GELD FÜR DIE STÄDTE, GEMEINDEN UND KREISE

Wir wollen den Anteil der Kommunen am Steueraufkommen des Landes von derzeit 23 auf 25 Prozent erhöhen. Das wären 1,2 Milliarden Euro mehr für die Arbeit, die die Kommunen für die Menschen vor Ort leisten.



### EINE ALTSCHULDENLÖSUNG MIT SUBSTANZ

Die Lösung für kommunale Altschulden muss Probleme lösen, statt weitere zu schaffen. So fordern wir die Beteiligung des Landes mit einem eigenen substanzialen Anteil.



### FORTSETZUNG DES STÄRKUNGSPAKTS STADTFINANZEN

Dank des Stärkungspakts ist es gelungen, die Haushalte finanziell besonders benachteiligter Kommunen aus der Schieflage zu befreien. Doch die Erfolge dieses Programms werden von der derzeitigen Landesregierung zunichte gemacht.



### PROGRAMM „GUTE SCHULE“ NEU AUFLEGEN

Ob gute Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder, Straßen oder Investitionen – wir müssen den Investitionsstau auflösen. Mit einer Neuauflage des Programms „Gute Schule“ können wir Kommunen dazu in die Lage versetzen.



**JUSTUS MOOR**

Sprecher im Ausschuss  
für Heimat und Kommunales

**„Die gescheiterte  
Altschulden-  
regelung ist eine  
krasse Bauch-  
landung für die  
Landesregierung.“**

Weitere Infos unter:

[www.spd-fraktion-nrw.de](http://www.spd-fraktion-nrw.de)